

PRESSEINFORMATION

Deutsche Stiftung Organtransplantation fordert Initiativplan gegen Organmangel

Die Organspende in Deutschland wieder auf Kurs bringen - mehr Verbindlichkeit bei besseren Rahmenbedingungen

Frankfurt am Main, 09. November 2017. Vor dem Hintergrund des verschärften Organmangels in Deutschland fordert die Deutsche Stiftung Organtransplantation (DSO) die zügige Entwicklung eines gemeinschaftlichen Initiativplans zur Förderung der Organspende.

„Die Situation ist zutiefst besorgniserregend. Wir sind mittlerweile auf dem niedrigsten Stand der Organspendezahlen der letzten 20 Jahre angekommen. Von Jahr zu Jahr kann weniger Patienten mit einer Transplantation geholfen werden“, erklärt der Medizinische Vorstand, Dr. med. Axel Rahmel, heute auf der Pressekonferenz zum 13. DSO-Jahreskongress in Frankfurt.

Im laufenden Jahr erwartet die bundesweite Koordinierungsstelle ein Minus von mehr als 1.500 Organen gegenüber 2010. Gleichzeitig warten derzeit über 10.000 schwerkranke Patienten auf eine lebensrettende Transplantation.

Die DSO sieht dringenden Handlungsbedarf und appelliert an die Verantwortung aller Partner im System der Organspende und Transplantation. „Wir brauchen alle für die Transplantationsmedizin wichtigen medizinischen Fachgesellschaften, unsere Vertragspartner, Verbände und die Politik, um die Organspende in Deutschland gemeinsam wieder auf Kurs zu bringen“, betont Rahmel.

Entsprechend befassen sich die Vorträge des zweitägigen DSO-Kongresses mit rund 400 Teilnehmern aus allen Tätigkeitsbereichen der Organspende und Transplantation

denn auch mit grundlegenden und herausfordernden Themen rund um den Organmangel. Vorträge zu Therapiestrategien am Lebensende und Patientenverfügungen stehen ebenso auf dem Programm wie Erfolgskonzepte aus dem Arbeitsalltag von Kliniken auf Länderebene wie auch im internationalen Vergleich.

Gründe für den Organmangel und mögliche Konsequenzen

Die Gründe für den kontinuierlichen Rückgang der Organspende liegen laut DSO nicht in einer abnehmenden Spendebereitschaft der Bevölkerung. Diese hat sich in den letzten Jahren laut Umfragen der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) kaum verändert. Auch die Zustimmungsqoten auf Basis der Datenauswertung der Koordinierungsstelle sind mit rund 70 Prozent über die Jahre weitgehend konstant geblieben.

Die umfangreichen Analysen aus der Zusammenarbeit mit den Kliniken weisen auf wechselseitige strukturelle als auch organisatorische Schwachstellen hin. So gab es in den vergangenen Jahren auch weniger Meldungen von möglichen Organspendern aus den Kliniken. Diese Zahlen haben sich in diesem Jahr erstmals wieder stabilisiert.

Organspende als Bestandteil der Versorgung am Lebensende integrieren

Ein zentraler Schlüssel, über den eine zügige und nachhaltige Verbesserung der Situation erzielt werden könnte, liegt insbesondere in einer Berücksichtigung des Willens zur Organspende im Zuge von Behandlungsstrategien am Lebensende. Die Auswertungen aus den Kliniken weisen unter anderem darauf hin, dass es bei Intensivpatienten häufig zum Abbruch einer Therapie bei infauster Prognose kommt, ohne dass die Möglichkeit einer Organspende überhaupt erwogen und angesprochen wurde. Auch Patientenverfügungen, die aufgrund eines Verzichts auf weiterführende Therapien eine Organspende unwissentlich ausschließen oder im scheinbaren Widerspruch zu einem bereits geäußerten Willen zur Organspende stehen, können mögliche Organspenden verhindern. Geeignete Maßnahmen sieht die DSO hier insbesondere in einer verstärkten Aufklärung der Bevölkerung sowie einer regelhaften Einbeziehung der Frage nach Organspende in die Beratung zur Formulierung von Patientenverfügungen.

Würden dagegen mögliche Organspender nicht erkannt bzw. in den Kliniken nicht daran gedacht, bedeute dies nicht nur für die Patienten auf der Warteliste einen Verlust an Lebenschancen, es sei darüber hinaus eine Nichtachtung des Willens des Verstorbenen, kritisiert DSO-Vorstand Rahmel. „Wir müssen die Voraussetzungen schaffen, damit in

den Kliniken mehr an Organspende gedacht und die Frage nach Organspende zu einem selbstverständlichen Bestandteil der Versorgung am Lebensende wird“, fordert der Mediziner. Hier könnten bereits Schulungen der Intensivmediziner und eine regelhafte Einbeziehung der Transplantationsbeauftragten in Entscheidungen am Lebensende einen positiven Effekt für die Organspende erzielen.

Rolle der Transplantationsbeauftragten stärken

Die Transplantationsbeauftragten in den Entnahmekliniken sind die zentrale Schnittstelle zwischen den Entnahmekrankenhäusern und der DSO. Ihre Rolle müsse weiter gestärkt werden, fordert die DSO. Das betreffe vor allem die kontinuierliche Weiterbildung, die Entlastung von anderen Aufgaben und die Unterstützung und Wertschätzung ihrer Tätigkeit, insbesondere auch durch die Klinikleitung. In diesem Kontext bemängelt Rahmel die uneinheitliche Ausgestaltung der Landesausführungsgesetze. „Wir brauchen für alle Länder eine einheitliche Regelung zur Freistellung für diese wichtige Tätigkeit, ähnlich, wie sie das Landesausführungsgesetz in Bayern beispielsweise vorgibt“, erklärt der Mediziner.

Aufwandsgerechte Finanzierung der Entnahmekrankenhäuser

„Gründe für die Zurückhaltung der Kliniken gegenüber der Organspende sind neben der zunehmenden Arbeitsverdichtung auf den Intensivstationen auch der wachsende wirtschaftliche Druck“, erklärt der Kaufmännische DSO-Vorstand, Thomas Biet. Dazu komme, dass der Organspendeprozess selbst aufgrund des steigenden Alters der Spender und den damit verbundenen Zusatzerkrankungen insgesamt für alle Beteiligten aufwändiger und zeitintensiver geworden sei. So müssten umfangreichere Untersuchungen zum Schutz der Organempfänger durchgeführt werden, die zum Teil durch die Pauschalen nicht abgedeckt würden. Diese Diskussion werde bei der Todesfeststellung, die Aufgabe der Krankenhäuser sei, schon länger geführt. Die Todesdiagnose infolge des irreversiblen Hirnfunktionsausfalls sei ein komplexes Untersuchungsverfahren, das neben den medizinischen Ressourcen auch einen hohen zeitlichen Aufwand erfordere. Dies würde aber in den pauschalen Kostenerstattungen zur Todesfeststellung durch die Krankenhäuser nicht berücksichtigt. Eine separate Vergütung außerhalb der Pauschalen könne in diesen Fällen die wirtschaftlichen Nachteile der Kliniken ausgleichen, so Biet.

DSO bietet bereits umfangreiche Unterstützungsangebote

Was das Spendermanagement und die Unterstützung der Krankenhäuser betrifft, hält die Koordinierungsstelle bereits für jedes einzelne Krankenhaus ein maßgeschneidertes

Angebot vor. Dieses umfasst eine Krankenhaus-Bedarfsanalyse sowie Schulungen für Transplantationsbeauftragte und Mitarbeiter auf den Intensivstationen. Zudem hat die DSO zusätzliche umfassende Unterstützungsangebote entwickelt. Dazu gehört der 2016 erschienene Leitfaden für die Organspende sowie die Verfahrensanweisungen, die Handlungssicherheit im Organspendeprozess vermitteln. Neu hinzugekommen ist ein umfangreiches und von den Landesärztekammern anerkanntes E-Learning-Fortbildungsprogramm, zu dem auch ein „virtueller Spender“ gehört, der die Anwendung des erworbenen Wissens in einer Übungssituation ermöglicht.

„Die Zeit der Einzelinitiativen ist vorbei. Was wir jetzt dringend brauchen, ist ein strategisch ineinandergreifender Plan mit klar definierten Schritten, der von allen Partnern aktiv unterstützt wird“, erklärt DSO-Vorstand Rahmel. Dazu gehöre im Vorfeld auch eine öffentlich geführte Diskussion zu innovativen Themen, wie sie in anderen Ländern bereits geführt werde, ergänzt Professor Björn Nashan, Vorsitzender des Stiftungsrates der DSO. Als Beispiel nennt er das Züricher Modell zur Organspende. Eine Quote von mehr als 15 Spendern pro Million Einwohner halten die DSO-Vorstände Rahmel und Biet mit Blick auf die Ergebnisse anderer europäischer Länder auch in Deutschland längerfristig durchaus für realistisch. „Die Organspende ist ein komplexer Prozess, der nur mit Hilfe der Kompetenz aller beteiligten Organisationen und einem engagierten Miteinander auf Basis eines breiten gesellschaftlichen Konsenses und einer entsprechenden Wertschätzung verbessert werden kann“, appelliert Rahmel.

Pressekontakt:

Deutsche Stiftung Organtransplantation

Birgit Blome, Bereichsleiterin Kommunikation
Nadine Körner, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Deutschherrnufer 52, 60594 Frankfurt am Main
Tel.: +49 69 677 328 9400, -9411, Fax: +49 69 677 328 9409,
E-Mail: presse@dso.de, Internet: www.dso.de